



bei
Konrad Schneider
Hofrain 1
5420 Ehrendingen

Ehrendingen, 2. April 2013

Gemeinderat Ehrendingen
Gemeindekanzlei
5420 Ehrendingen

Auswertung Zukunftswerkstatt 1 und 2

Sehr geehrter Herr Gemeindeammann
Sehr geehrte Frau Gemeinderätin
Sehr geehrte Herren Gemeinderäte

Pro ehrendingen hat die beiden Zukunftswerkstätten analysiert¹ und ausgewertet. An den erfolgreichen Veranstaltungen diskutierte die Bevölkerung viele Inhalte. Ein Teil dieser Inhalte wird nun im Rahmen der neuen Kommission BNO² aufgearbeitet werden. Für andere Themen besteht jedoch die Gefahr, dass diese schubladisiert werden oder ohne öffentliche Diskussion und Stellungnahme des Gemeinderates verloren gehen könnten. Damit Letzteres nicht geschieht und um erste Grundlagen für die weitere Arbeit für eine neue BNO zu setzen, gelangt pro ehrendingen mit nachfolgenden Anträgen an den Gemeinderat und bittet ihn, eine eigene Standortbestimmung vorzunehmen und eine Rückmeldung an die Bevölkerung zu geben.

1. Verkehr

- 1.1. Der Gemeinderat informiert an der Budgetgemeinde 2013, wie er eine Zwischenlösung ab 2014 umsetzt, um die Dorfstrasse im Oberdorf für den Langsamverkehr sicherer zu gestalten. Diese Zwischenlösung soll den Zeitraum abdecken bis der Coop vielleicht später einmal umzieht. Lösungsansätze sind: die Einführung einer Begegnungszone mit Tempo 20, die Aufhebung von Parkplätzen entlang der Dorfstrasse, die Einführung von Parkgebühren, die Einbahnführung während den Ladenöffnungszeiten, u.a.m.
- 1.2. Der Gemeinderat beauftragt die Verkehrskommission ein Verkehrskonzept inklusive Parkplatzreglement zu erarbeiten. Der Gemeinderat informiert in der Sommergemeinde 2014 über die Ergebnisse und sein weiteres Vorgehen. Ziele des Verkehrskonzepts sind u.a. die Erhöhung der Sicherheit für Velofahrer und Fussgänger in

¹ Die Easy-Flipp Plakate wurden fotografiert und im Kontext der Protokolle der Zukunftswerkstatt ausgewertet. Die Dokumente können auf Anfrage elektronisch zur Verfügung gestellt werden.

² BNO: Bau- und Nutzungsordnung

der Gemeinde, eine attraktivere und übersichtlichere Gestaltung sämtlicher Fussgängerquerungen via Kantonsstrasse, sichere, alters- und behindertengerechte Strassen und Wege, ein Rundwanderweg mit Bänkli, definierte Pferde- und Biker-touren. Der Gemeinderat sorgt für eine bessere Beleuchtung der Trottoirs und macht so die Fusswege für Kinder und Ältere sicherer.

- 1.3. Der Gemeinderat prüft zusammen mit dem Kanton eine durchgehende Radwegführung von der Tiefenwaag via Höhtal nach Baden inklusive Abzweiger nach Freienwil. Er stellt spätestens 2014 einen Antrag für einen Projektierungskredit zur Realisierung des Konzepts.
- 1.4. Der Gemeinderat prüft zusammen mit der REPLA, wie der stetig steigende Durchgangsverkehr auf den Kantonsstrassen durch Ehrendingen begrenzt werden kann. Zu prüfen sind u.a. überregionale Verkehrslenkungsmassnahmen, der Bau einer Park and Ride-Anlagen zusammen mit dem Ausbau des ÖV im Surbtal und einem Tropfenzähler im Höhtal, neue Anschlussvarianten des Zurzibietes und des Studentlandes an die A1 via eines Lägerntunnels.
- 1.5. Der Gemeinderat beantragt für das Jahr 2014 bei den Postauto Nordwestschweiz erstens mehr Busse während den Stosszeiten und zweitens, dass in den Randzeiten inklusive Wochenende abends bis 22 Uhr 30 die Fahrpläne bis in die Tiefenwaag mit einem Halbstundentakt verdichtet werden.

2. Gewerbe / Infrastruktur

- 2.1. Der Gemeinderat schafft die Voraussetzungen, dass im Jahr 2014 Diplom- oder Semesterstudien an einer Fachhochschule oder Universität in Auftrag gegeben werden können. Diese Studienarbeiten sollen die Machbarkeit eines regionalen Gewerbe- und Einkaufszentrums in der Tiefenwaag diskutieren und aufzeigen, wie Ehrendingen seine geographische Lage, sein Wachstum und seine Grösse als Chance nutzen kann. Einzubeziehen sind u.a. die Interessen der Grossverteiler und von KMUs für ein solches Zentrum. Es sind Abschätzungen für den Flächenbedarf vorzunehmen. Es gilt Möglichkeiten für eine Etappierung aufzuzeigen und Vorschläge für die Organisation von grossen und kleinen Dienstleistern sowie für eine Trägerschaft zu unterbreiten. Zudem sind Synergiemodelle aufzuzeigen, wie bspw. eine regionale Mehrzweckhalle, ein Treffpunkt mit Verpflegungsmöglichkeit, ein zweites medizinisches Zentrum und eine Park and Ride-Anlage in dieses Zentrum integriert werden könnten. Die Studie hat zudem aufzuzeigen, welche Konsequenzen ein solches regionales Zentrum auf die bestehenden Einkaufsangebote im Dorf, das lokale KMU-Angebot und die gemeindeinternen Verkehrsflüsse haben wird.
- 2.2. Der Gemeinderat legt der Gemeindeversammlung mit Beginn der Legislaturperiode 2014 eine Übersichtsliste der Investitions- und Unterhaltsarbeiten aller öffentlich finanzierten Anlagen für die nächsten 20 Jahre vor. Er schafft so Transparenz über den Investitionsbedarf der Gemeinde. Diese Liste enthält eine erste grobe Kostenabschätzung für jedes Objekt und den geplanten Realisierungszeitpunkt. Aufgelistet wird nach Prioritäten, welche Neubauten bzw. Energiesanierungs- und Unterhaltsarbeiten in den Bereichen Hochbau und Tiefbau von der Gemeinde zu tätigen oder mitzufinanzieren sind. Diese Liste kann dann für die aktuelle Finanz- bzw. Verzichtsplanung herangezogen werden und am Ende jeder Legislaturperiode jeweils mit den konkreten Zahlen aus Projektstudien aktualisiert werden. Zudem kann sie für eine vorausschauende Bestimmung der Steuerfussentwicklung herangezogen werden.

3. Siedlungsgefüge / Ortsbild

- 3.1. Der Gemeinderat schenkt der Begriffswahl und der Begriffsdefinition die erforderliche Aufmerksamkeit. Bspw. sind die beiden historisch gewachsenen alten Dorfkerne nicht gleichzusetzen mit dem Dorfzentrum oder einem Begegnungs- oder Einkaufszentrum. Wenn es um Treffpunkte und Anlagen geht, werden die Ziel- und Nutzergruppen sowie die Frequenzströme definiert. Der Gemeinderat legt mit der Übersichtsliste (siehe Punkt 2.2.) fest, ob er eine Mehrzweckhalle oder eine Sporthalle anstrebt, ob er Treffpunkte generationenübergreifend für Jung und Alt ausgestalten wird oder er erklärt, warum diese nur einer isolierten Nutzergruppe zugänglich sein sollen.
- 3.2. Ist der Gemeinderat bereit, als Vorgaben für die Arbeit in der Kommission BNO nachfolgende Anliegen zu unterstützen? Einzelne Quartiere und Dorfteile sollen je ein definiertes Gesicht mit eigenem Ausdruckscharakter erhalten, das dörfliche Siedlungsbild ist zu erhalten. Die Kreten im Dorf werden nicht überbaut. Bevor zusätzliches Land (Ausnahme: Land für das Gewerbe) eingezont wird, muss das bereits eingezonte Bauland dichter überbaut werden. Bevor in die Höhe gebaut werden darf, ist der Raum zwischen den Häusern stärker zu bebauen, bspw. bestehende Einfamilienhäuser sind zu Reihenhäuser zu erweitern bevor einzelne Einfamilienhäuser auf 4 Geschosse erhöht werden dürfen. Längere Zeit unbebautes Bauland wird höher besteuert. Neu eingezontes Bauland unterliegt einer Mehrwertabschöpfung. Die Gemeinde gibt neu eingezontes Bauland etappenweise frei, damit ein kontinuierliches Wachstum möglich wird.

4. Öffentliche Infrastruktur

- 4.1. Verdichtetes Wohnen bedingt einen neu ausgerichteten Lebensstil zu leben. Räumliche Nähe garantiert noch keine soziale Nähe sondern kann im Gegenteil Konflikte fördern. Der Gemeinderat schafft die Voraussetzungen, dass parallel im Jahr 2014 eine zweite Diplom- oder Semesterstudie an einer Fachhochschule oder Universität in Auftrag gegeben wird. Diese Studienarbeiten sollen aufzeigen, wie eine dörfliche Lebensgemeinschaft für Jung und Alt qualitativ so weiter entwickelt werden kann, dass sie Vorzeige- bzw. Modellcharakter auch für andere Gemeinde erlangen kann. Aufzuzeigen ist, wie alle Generationen für gemeinnützige Arbeiten und ein öffentliches Engagement für politische Ämter, Vereinstätigkeit, generationenübergreifende Nachbarschaftsunterstützung, Tagesbetreuung, Altenpflege, etc. im Dorf gewonnen werden können, damit für alle Einwohner die Lebensqualität generell steigt. Welche Voraussetzungen und Anreize kann die Gemeinde zusammen mit ihren Einwohnern schaffen, damit sich diese gerne für die Gemeinschaft im Dorf einsetzen. Welches sind siedlungspolitische, räumliche, institutionelle und projektbezogene Voraussetzungen, die eine Gemeinde steuern kann, um eine Entwicklung zu begünstigen, die die Gesundheit aller, die Sicherheit, den Respekt zwischen den Generationen, den Einklang mit der Natur, die Identifikation mit dem Wohnort und die Nachbarschaftshilfe fördert sowie die persönliche Entfaltung unterstützen. Abgestützt auf diese Studienergebnisse sind später ein Altersleitbild, je Leitbilder für die Jugendarbeit, die Vereins- und Quartierförderung oder von pro ehrendingen bevorzugt ein umfassendes Generationenleitbild für Ehrendingen zu erarbeiten sowie Anreize für die Quartierentwicklung im Rahmen der BNO vorzusehen.
- 4.2. Die Infrastruktur, insbesondere die Verwaltung, die Schule, die Tagesstrukturen für Kinder, Spiel- und Bolzplätze für Kinder in den Quartieren, die Tages- und Infrastrukturen für eine steigende Anzahl von Älteren und Pflegebedürftigen, der soziale Wohnungsbau, Aushangflächen für Vereine, u.a.m. sind rechtzeitig auf die Bevölkerungsentwicklung anzupassen. Teilt der Gemeinderat die Ansicht, dass künftig Kindergarten und Primarschule wieder in jeden Dorfteil gehören? Die Gemeindeverwaltung an einem einzigen Ort zu

konzentrieren ist. Und dass die Gemeinde ihre Grundstücke (Tafelsilber) nicht verkaufen sollte. Dass es für die Gemeinde gilt massvoll Land dazu zu kaufen, um Grundstücke für einen Abtausch bereit zu haben oder gegebenenfalls, wenn dies im öffentlichen Interesse steht, im Baurecht zur Verfügung stellen zu können. Welche Vereine und Gruppierungen gedenkt der Gemeinderat in welcher Form künftig wie stark zu subventionieren und evtl. mit Lager-, Übungsräumlichkeiten oder mit Grundstücken zu unterstützen? Vergleiche zum Punkt 4.2. auch die Übersichtsliste unter Punkt 2.2.

- 4.3. Der Gemeinderat lädt die Schulpflege ein, ein Umsetzungskonzept zur Steigerung der Schulqualität in Kindergarten und Primarschule sowie in den Tagesstrukturen der Öffentlichkeit vorzulegen und über die erreichten Umsetzungsschritte an den nächsten Gemeindeversammlungen zu informieren. Insbesondere ist aufzuzeigen, wie die Zusammenarbeit mit den Eltern verstärkt wird und sichergestellt ist, dass kantonale Vorgaben verbindlich und mit hohem Qualitätsniveau umgesetzt und erreicht werden.

5. Natur und Landschaft

- 5.1. Trifft es zu, dass der Gemeinderat keine Kompromisse bezüglich dem Standortvorteil Natur und Landschaft eingehen wird? Ökologische Landflächen, Wald, Landwirtschaftsland und öffentliche Grünflächen in der Bauzone benötigen Unterhalt und Pflege. Teilt der Gemeinderat die Auffassung, dass dafür künftig teilweise mehr öffentliche Mittel eingesetzt werden müssen, damit der angestrebte qualitative Standard gehalten werden kann?
- 5.2. Ist der Gemeinderat bereit, sich für eine aktive Nachfolgeregelung auf den Landwirtschaftsbetrieben zusammen mit der Landwirtschaftskommission einzusetzen sowie die ökologische Vertragslandwirtschaft zu fördern?
- 5.3. Ist der Gemeinderat zusammen mit dem Kanton bereit zu prüfen, wo noch Optimierungen für den Lägernschutz, die Wildkorridore und ökologische Ausgleichsflächen bestehen und diese umzusetzen?
- 5.4. Ist der Gemeinderat bereit die Landschaftsschutzkommission zusammen mit dem Vogelschutzverein und pro Natura einzuladen, Vorschläge zum Erhalt und zur Verbesserung der Biodiversität in der Gemeinde zu unterbreiten?
- 5.5. Ist der Gemeinderat bereit, sich gegen ein Tiefenlager für radioaktive Abfälle in der Region und den zunehmenden Fluglärm aktiv zur Wehr zu setzen?

6. Energie / Nachhaltigkeit

- 6.1. Der Gemeinderat zeigt in der Übersichtsliste gemäss Punkt 2.2. auf, wo noch Handlungsbedarf bezüglich Energiesanierungen bei öffentlichen Bauten bestehen, um für alle Objekte, die Voraussetzungen für den Erhalt der einschlägigen Energielabels für Nachhaltigkeit erlangen zu können.
- 6.2. Der Gemeinderat zeigt zu Beginn der neuen Legislaturperiode auf, wo er im Bereich Energie und Nachhaltigkeit auf Einsicht, Anreize und Eigeninitiative setzt, bzw. wo er via Vorschriften (Minenergie, Parkplatzkonzept, etc.) auf Zwang setzen will, damit der Ressourcenverbrauch im Dorf sinkt und vermehrt von ökologischer Herkunft stammt. Insbesondere zeigt er auf, wie das Volksvermögen, das in der Infrastruktur

der Wassergenossenschaft Ehrendingen und in der Elektra steckt, für die Gemeinde aktiver bewirtschaftet werden kann, um erneuerbare Energien zu fördern.

- 6.3. Der Gemeinderat beauftragt die Energiekommission für die nächste Legislaturperiode ein Konzept vorzulegen, wie der respektvolle Umgang mit Energie im Dorf aktiv gefördert werden kann. Wie können durch Beratung grössere und kleinere Projekte zur Energiegewinnung (Solaranlagen, Geothermieanlagen, Blockheizkraftwerke, Wärmekraftkoppelung, etc.) unterstützt werden und wie kann die Energieausnutzung (LED-Strassenkeuchten, Abwärmennutzung, etc.) in Quartieren gefördert und verbessert werden?

7. Verschiedenes

- 7.1. Der Gemeinderat nimmt Stellung zu weiteren vorgetragenen Ideen im Rahmen der Zukunftswerkstätten:
- Der Gemeinderat geht schärfer gegen Ruhestörungen und Littering vor.
 - Der Gemeinderat prüft, wie auf dem Burghorn ein Fernrohr und ein Alpenzeiger installiert, wie ein Skulpturenweg und ein Naturlehrpfad aufgebaut, wie ein Trimm-dich-Pfad, eine Finnenbahn, ein Vitaparcour und ein Schlittelhang angelegt werden könnten.

Wir hoffen auf eine wohlwollende Prüfung der zusammen getragenen Anliegen aus der Zukunftswerkstatt. Wir sind gerne bereit, die Auslegeordnung mit einer Delegation des Gemeinderates zu besprechen, da auch wir wissen, dass alles auf einmal zu realisieren weder möglich noch sinnvoll ist. Vieles ist aus einer Wunsch- und Anspruchshaltung heraus gewachsen. Nun gilt es Prioritäten zu setzen. Wir bitten den Gemeinderates Führungsrarbeit zu leisten und finanzierbare Umsetzungsprojekte oder Verzichtentscheide der Gemeindeversammlung zum Entscheid vorzulegen.

Dieser Brief ist auf dem Hintergrund entstanden, dass erstens der Gemeindeammann am Schluss der Zukunftswerkstatt 2 die Bevölkerung aufgerufen hat, ihre Anliegen zu konkretisieren und dem Gemeinderat zukommen zu lassen.

Zweitens hat die Bevölkerung bisher kaum Rückmeldungen erhalten, wie der Gemeinderat mit den vielen vorgetragenen Inputs nun konkret umzugehen gedenkt.

Drittens will pro ehrendingen den offenen Dialog nicht abbrechen lassen und stellt sich in diesem Sinne als Gesprächspartner für den Gemeinderat zur Verfügung.

Viertens wird pro ehrendingen im Rahmen der bevorstehenden Behördenwahlen die aufgeworfenen Themen öffentlich vertiefen und die Gemeinderatskandidaten auf ihre präferierten Lösungsansätze befragen.

Freundliche Grüsse

K. Schneider im Namen von pro ehrendingen